

Beschluss des Schleswig-Holstein Rates am 23. Juli 2017 in Barmstedt:

Politische Bildung für alle

Politische Bildung bedeutet die Erziehung der Jugend zu politischer Urteilsfähigkeit und gesellschaftlichem Verantwortungsgefühl. Diese Urteilsfähigkeit wird nach der Änderung des Wahlgesetzes durch die Küstenkoalition in der letzten Legislaturperiode, in dem Jugendliche ab 16 an Landtagswahlen teilnehmen dürfen. Diese „Jungwähler“ sind sich oft über die Größe der Schnittmenge ihrer politischen Meinung mit den kandidierenden Parteien im Unklaren. Leider ist das politische Interesse nicht immer so ausgeprägt, dass eine eigenverantwortliche Auseinandersetzung mit den entsprechenden politischen Programmen der Parteien in einer Form stattfindet, welche eine fundierte Wahlentscheidung begründen könnte. Aber auch über die Wahlentscheidung in jungen Jahren hinaus ist in der heutigen Welt politische Bildung unerlässlich. Vor dem Hintergrund des Rechtspopulismus auf der einen und der Verharmlosung linker Gewalt auf der anderen Seite ist politische Aufklärung wichtiger denn je.

Die Küstenkoalition hat lediglich das Wahlrecht für Jugendliche geöffnet, aber ansonsten für die politische Bildung wenig getan. Zwar gibt es Angebote zur politischen Bildung, wie z.B. Jugend im Landtag, aber diese erreichen immer nur einen kleinen Teil der Jungwähler. Darüber hinaus setzen diese Angebote Eigeninitiative und ein hohes Interesse an Politik voraus. So werden lediglich politisch Interessierte gefördert, aber gerade Kinder aus bildungsfernen Schichten werden nicht erreicht, obwohl politische Bildung gerade für diese Kinder umso wichtiger ist, da Politik im Elternhaus nur selten eine Rolle spielt.

Leider geht momentan die politische Bildung im Schulalltag häufig unter. Mit dem Fach „Wirtschaft und Politik“ gibt es zwar den notwendigen Rahmen, um sich in der Schule mit Politik auseinanderzusetzen, jedoch wird dieses Fach weder Wirtschaft noch Politik vollends gerecht. Es fehlt dem Fach eine klare Definition des Unterrichtsauftrages. So präferieren viele Lehrer einen Themenschwerpunkt, wodurch dann entweder Politik oder Wirtschaft vernachlässigt wird. Eine Trennung in die Fächer Wirtschaft und Politik würde ein schärferes Profil und eine größere Berücksichtigung beider Fächer ermöglichen. Wirtschaft soll hierbei zunächst Grundlagen wirtschaftlichen Zusammenlebens, später dann volkswirtschaftliche betriebswirtschaftliche und

finanzwirtschaftliche Zusammenhänge vermitteln.

Beim Fach Politik ist es wichtig, dass Lehrkräfte im Rahmen der politischen Bildung zwar zunächst den theoretischen Ablauf eines Wahlgangs, der Regierungsbildung und des Staatsaufbaus vermitteln, aber auch regelmäßig und besonders vor Wahlen über die politischen Ziele aller relevanten Parteien informieren. Neben klassisch kritischer Analyseverfahren, welche die Schüler für die Bildung der eigenen Meinung benötigen, muss Schule auch Raum für den direkten Kontakt zur Politik bieten. Hierzu muss ein Konzept für parteibezogene politische Bildungsmaßnahmen entwickelt werden. Dabei ist anzustreben, dass vor Kommunal-, Landtags-, Bundestags- sowie Europawahlen beispielsweise Podiumsdiskussionen mit Funktionsträgern der Parteien oder deren Jugendorganisationen durchgeführt werden.

Politische Bildung hat in unserer Gesellschaft einen so hohen Stellenwert, dass den Fächern Wirtschaft und Politik ab der 7. Klasse insgesamt drei Wochenstunden einzuräumen sind, um die politische Bildung endlich umfangreich anzupacken. Dabei wird in der Mittelstufe im halbjährigen Wechsel Wirtschaft oder Politik zweistündig unterrichtet, das jeweils andere Fach einstündig. In der Oberstufe können sowohl Wirtschaft als auch Politik als eigenständige Profulfächer zum Abitur führen. Langfristig müssen beide Fächer in der Oberstufe für jeden Schüler angeboten werden. Aber nicht nur im Schulalltag und vor Wahlen muss Politik eine Rolle spielen. Jeder Schüler sollte in seiner Schulkarriere in den Möglichkeiten einer Bildungsreise in den Deutschen Bundestag, den Landtag oder das EU-Parlament kommen, um Politik hautnah zu erleben.

Politische Bildung soll nicht nur den Blick auf das funktionierende politische System richten, sondern insbesondere das Problemfeld des Extremismus in Form von Links-, Rechts- und religiösem Extremismus in den Fokus rücken. Ziel muss es sein, Extremismus vorzubeugen und bestehenden Extremismus aufzulösen. Hierzu können Gespräche mit Aussteigern und gemeinsame Angebote mit privaten Instituten genutzt werden. Des Weiteren ist die Sensibilisierung der Lehrer für jeglichen Extremismus durch Fort- und Ausbildung zu gewährleisten.

Nicht nur die Sensibilisierung der Lehrer muss in Ausbildung und regelmäßigen Fortbildungen in Kooperation mit dem Institut für Qualitätssicherung des Landes Schleswig-Holstein mehr in den Vordergrund rücken, sondern auch die parteienbezogene politische Bildung muss verstärkt thematisiert werden. Dabei sollten Lehrer aller Fächer die Möglichkeiten dieser Fortbildungen nutzen, um die politische Bildung fächerübergreifend zu verankern.

Deshalb fordert die Junge Union Schleswig-Holstein:

- politische Bildung Kindern aller Bildungsschichten zugänglich zu machen.
- eine Differenzierung des Faches „WiPo“ in die beiden eigenständigen Fächer „Politik“ und „Wirtschaft“.
- die Einführung der Fächer „Politik“ und „Wirtschaft“ ab der 7. Klasse.
- „Politik“ und „Wirtschaft“ als eigenständige profilgebende Fächer in der Oberstufe.
- die Konzeption und den Einsatz parteienbezogener politischer Bildung im Politikunterricht insbesondere vor Wahlen.
- eine verpflichtende politische Bildungsreise für jeden Schüler in ein bedeutendes Parlament.
- eine stärkere Prävention von Links-, Rechts- sowie religiösem Extremismus.
- den Ausbau geeigneter Fortbildungen zu politischer Bildung für Lehrkräfte.